LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

20.04.2023
Drucksache 8/2531

öffentlich

Antrag
–

Fraktionen CDU, SPD und FDP

Investitionen für eine bessere Berufsbildung in Sachsen-Anhalt

Der Landtag wolle beschließen:

Mit dem Beschluss 7/1796 hat der Landtag Sachsen-Anhalt den Mehrwert der dualen Berufsausbildung für Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft gewürdigt und Impulse zur Stärkung der beruflichen Bildung in Sachsen-Anhalt gesetzt. Bedingt durch den demografischen Wandel, die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie das veränderte Bildungswahlverhalten und die Internationalisierung steht insbesondere die duale Berufsausbildung als Kernbestandteil der beruflichen Bildung unter Druck. Die Nachfrage und das Angebot sinken, die Passungsprobleme nehmen zu, die Krisenzeiten verstärken diesen negativen Trend. Deutlich mehr Anstrengungen sind erforderlich, um die Attraktivität der beruflichen Bildung in Sachsen-Anhalt zu steigern.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. im Rahmen der Berufsschulnetzplanung die bestehenden Berufsschulangebote in Sachsen-Anhalt auch unter Berücksichtigung der vorliegenden Berufsschulstandort-Analyse der gewerblichen Kammern zu evaluieren und dabei Möglichkeiten einer Flexibilisierung der Angebote und wohnortnahen Beschulung schrittweise umzusetzen;

2. die Eigenverantwortung berufsbildender Schulen vor Ort hinsichtlich Kooperationsmöglichkeiten in der Ausbildung und innerhalb des Schulnetzes zu stärken (Ressourcennutzung). Hierbei sollen vor allem auch Methoden des digital basierten Unterrichts Berücksichtigung finden;

3. bei einer verpflichtenden auswärtigen Beschulung zu prüfen,

(Ausgegeben am 20.04.2023)

a) wie die Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl von Internats- und Wohnheimplätzen an allen Berufsschulstandorten - auch über Landesgrenzen hinweg - für alle Auszubildenden mit Wohnsitz in Sachsen-Anhalt künftig gewährleistet werden kann, insbesondere auch für Auszubildende, die eine verspätete Berufsausbildung beginnen. Hierbei sind alle Fördermöglichkeiten einzubeziehen (z. B. Azubi-Wohnen, GRW-Mittel);

b) inwieweit die Berufsschulrichtlinie RabAz dahingehend angepasst werden kann, dass möglichst bereits ab dem Schuljahr 2023/24 alle Auszubildenden einen Zuschuss zu den Fahrtkosten unabhängig von einer Übernachtung vor Ort erhalten und der Festbetrag erhöht wird. Dies ist haushalterisch auskömmlich zu untersetzen;

4. zu prüfen, ob und wie das für Sachsen-Anhalt entwicklungshemmende System der Erhebung von Gastschulbeiträgen für die Landkreise und kreisfreien Städte kostenneutral abgeschafft werden kann. Hierüber ist in den betroffenen Fachausschüssen Bildung und Finanzen im IV. Quartal 2023 zu berichten.

Begründung

Die Zukunft Sachsen-Anhalts ist geprägt von enormen gesellschaftlichen Veränderungen. Energiesicherheit, Nachhaltigkeit, Fachkräftesicherung, Demografie, Klimawandel und Digitalisierung kennzeichnen einen in der jüngeren Geschichte des Landes beispiellosen Strukturwandel. Um die anstehenden Aufgaben meistern zu können, wird zwingend eine auf die Bewältigung der Herausforderungen ausgerichtete Berufsausbildung gebraucht. Tatsächlich besteht ein Bedarf an einer ausreichenden Anzahl qualifizierter Fachkräfte, um den bevorstehenden Strukturwandel in den Landkreisen und Kommunen gestalten zu können. Gleichzeitig dokumentieren die Entwicklungen der Ausbildungsverhältnisse, dass die duale Berufsausbildung bei jungen Menschen an Attraktivität verliert und die Passungsprobleme wachsen. Die Folgen der Krisen der letzten Jahre beschleunigen den Handlungsbedarf. Nach einer aktuellen Befragung von Jugendlichen zu den Ausbildungsperspektiven im dritten Corona-Jahr der Bertelsmann-Stiftung geben 57 Prozent der Jugendlichen in Sachsen-Anhalt an, ein Studium einer Berufsausbildung vorzuziehen, da mit einem Studienabschluss Krisenzeiten besser zu überstehen wären. Diese Einschätzung blendet die Perspektiven, die eine höhere Berufsbildung den jungen Menschen bereithält, aus. Hier gilt es, die bestehenden Potentiale der beruflichen Bildung zielgerichtet zu heben. Die in der Vergangenheit realisierten Einzelmaßnahmen zur Stärkung der dualen Berufsausbildung erweisen sich als nicht ausreichend und müssen Einklang in eine grundlegende Neuausrichtung zur Stärkung der beruflichen Bildung finden.

Erforderlich ist ein aufeinander abgestimmtes Maßnahmenpaket mit flexiblen, an die individuellen Bedürfnisse von Auszubildenden und Ausbildungsbetrieben ausgerichteten Angeboten, ohne dabei die Stabilität des Berufsbildungssystems zu gefährden. Die Grundlage aller Maßnahmen bildet dabei die Weiterentwicklung eines leistungsfähigen Berufsschulnetzes. Die Voraussetzungen sind zu schaffen, damit Ausbildungsabbrüche vor und während einer Berufsausbildung abgestellt werden. Die Optimierung von Berufsschulwegen, Möglichkeiten der gemeinsamen Beschulung, Gewährleistung der Internatsunterbringung bei einer auswärtigen Beschulung und Anpassung von Unterstützungsleistungen an den tatsächlichen Bedarf stehen dabei im Zentrum der Umsetzungsstrategie. Bestehende Beschränkungen zur Umsetzung flexibler Lösungen sind aus der Zeit gefallen und müssen abgeschafft werden.

Guido Heuer	Dr. Katja Pähle	Andreas Silbersack
Fraktionsvorsitz CDU	Fraktionsvorsitz SPD	Fraktionsvorsitz FDP